

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Uwe Jens, Wolfgang Roth,
Harald B. Schäfer (Offenburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/1572 —

Anpassung des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft an die neuen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen

A. Problem

Das vor 24 Jahren beschlossene Stabilitäts- und Wachstumsgesetz soll den neuen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen angepaßt werden, da es nach Auffassung der Antragsteller nicht mehr den aktuellen und absehbaren wirtschaftspolitischen Anforderungen entspricht.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 12/1572 — abzulehnen.

Bonn, den 16. Juni 1993

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	Dr. Rudolf Sprung
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Rudolf Sprung

- I. Der Antrag — Drucksache 12/1572 — zur Anpassung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes wurde in der 135. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. Januar 1993 zur federführenden Beratung dem Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und an den Haushaltsausschuß überwiesen.
- II. Der Finanzausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 10. Februar 1993 beraten. Er schlägt dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Gruppe der PDS/Linke Liste gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.
- Zuvor hatte der Finanzausschuß mit denselben Mehrheitsverhältnissen folgenden hilfsweisen Antrag der Fraktion der SPD abgelehnt: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag eine Novellierung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes vorzuschlagen, die die im Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 12/1572) vorgesehenen Gesetzesänderungen mitbewertet.“
- Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 3. März 1993 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Stimme des Mitglieds der Gruppe der PDS/Linke Liste gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. (Stimmverhältnis 13 : 11) die Annahme des Antrages.
- Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 24. März 1993 beraten und mehrheitlich abgelehnt.
- Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat sich in seiner Sitzung am 10. März 1993 mit dem Antrag befaßt und ihn gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion abgelehnt.
- Der Haushaltsausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 10. Februar 1993 mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der SPD bei Enthaltung der Gruppe der PDS/Linke Liste und Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.
- III. Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 16. Juni 1993 unmittelbar im Anschluß an eine breite Diskussion zur konjunkturellen Lage anknüpfend an einen entsprechenden Bericht des Bundesministers für Wirtschaft, Dr. Günter Rexrodt, mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppen PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ohne konkrete Aussprache hierzu abgelehnt.

Bonn, den 16. Juni 1993

Dr. Rudolf Sprung

Berichterstatter

